



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

49. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 15. März 1996

Nummer 15

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied - Nr.	Datum	Titel	Seite
20020	8. 2. 1996	RdErl. d. Innenministeriums Führung der Bezeichnung „Frau“	382
20051	2. 1. 1996	RdErl. d. Innenministeriums Innere Organisation der Bezirksregierungen; Organisationsplan und Mustergeschäftsverteilungsplan	382
203204	2. 2. 1996	RdErl. d. Finanzministeriums Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen; Soziale Sicherung von nicht erwerbsmäßig tätigen Pflegepersonen	398
6300		Berichtigung zum RdErl. d. Innenministeriums v. 27. 11. 1995 (SMBL. NW. 1996 S. 10); Verwaltungsvor- schriften über die Gliederung und die Gruppierung der Haushaltspläne der Gemeinden und Gemein- deverbände (VV Gliederung und Gruppierung)	401
71110	1. 2. 1996	RdErl. d. Innenministeriums Betrieb und Änderung von Schießstätten gem. § 44 WaffG; Sachverständige	401
7832	6. 2. 1996	RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Aufsicht über die Fleischbeschau	401

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Landesregierung	
5. 2. 1996	Bek. – Behördliches Vorschlagswesen	402

I.

20020

Führung der Bezeichnung „Frau“

RdErl. d. Innenministeriums v. 8. 2. 1996 -
V B 6/17-10.11

Mein RdErl. v. 27. 11. 1967 (SMBL. NW. 20020) wird aufgehoben.

- MBL. NW. 1996 S. 382.

20051

**Innere Organisation der Bezirksregierungen
Organisationsplan und
Mustergeschäftsverteilungsplan**

RdErl. d. Innenministeriums v. 2. 1. 1996 -
V A 3 - 33.00

Mein RdErl. v. 19. 3. 1985 (SMBL. NW. 20051) wird mit sofortiger Wirkung wie folgt geändert:

- Anlage 1**
- 1 Der Organisationsplan erhält die Fassung der Anlage 1.
 - 2 Das Inhaltsverzeichnis zum Mustergeschäftsverteilungsplan für die Regierungspräsidenten wird wie folgt geändert:
 - 2.1 Nach den Wörtern „Mustergeschäftsverteilungsplan für die“ wird das Wort „Regierungspräsidenten“ durch das Wort „Bezirksregierungen“ ersetzt.
 - 2.2 Nach dem Dezernatskennzeichen „11“ werden die Wörter „Organisations- und Personalangelegenheiten“ durch das Wort „Personalangelegenheiten“ ersetzt.
 - 2.3 Nach dem Dezernatskennzeichen „14“ werden die Wörter „Rechnungsamt, Kassenaufsicht“ durch die Wörter „Organisationsangelegenheiten, Informationstechnik“ ersetzt.
 - 2.4 Nach dem Dezernatskennzeichen „15“ werden die Wörter „Justitiariat, Verteidigungslasten“ durch die Wörter „Justitiariat, Enteignung, Liegenschaften Nur Arnsberg, Detmold und Köln: Verteidigungslasten“ ersetzt.
 - 2.5 Die Wörter „16 Vorprüfungsstelle für Bauaufgaben“ werden gestrichen.
 - 2.6 Die Wörter „28 Enteignung, Liegenschaften“ werden gestrichen.
 - 2.7 Nach dem Dezernatskennzeichen „52“ werden die Wörter „Gewerbliche Wirtschaft“ durch das Wort „Abfallwirtschaft“ ersetzt.
 - 2.8 Nach dem Dezernatskennzeichen „54“ werden die Wörter „Wasser, Abfallwirtschaft“ durch das Wort „Wasserwirtschaft“ ersetzt.
 - 2.9 Nach dem Dezernatskennzeichen „55“ werden die Wörter „Gewerbeaufsicht (Arbeitsschutz, Immissionsschutz)“ durch das Wort „Arbeitsschutz“ ersetzt.
 - 2.10 Nach den Wörtern „55 Arbeitsschutz“ wird eingefügt: „56 Immissionsschutz“.
 - 2.11 Nach den Wörtern „61 Geschäftsstelle des Bezirksplanungsrates, Erarbeitungsverfahren“ werden die Wörter „Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur“ eingefügt.
 - 2.12 Die Aufgaben der Dezernate 62 - Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur, 63 - Siedlungsstruktur, 64 - Naturraum und 65 - Verkehrs- und Leitungswege werden in einem neuen Dezernat 62 - Durchsetzung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung zusammengeführt. Daher werden nach dem Dezernatskennzeichen „62“ die Wörter „Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur“ durch die Wörter „Durchsetzung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung“ ersetzt.

2.13 Nach dem Dezernatskennzeichen „63“ wird das Wort „Siedlungsstruktur“ durch die Wörter „Gewerbliche Wirtschaft“ ersetzt.

2.14 Nach dem Dezernatskennzeichen „64“ wird das Wort „Naturraum“ durch die Wörter „Nur Köln: Braunkohle“ ersetzt.

2.15 die Wörter „65 Verkehrs- und Leitungswege“ sowie „66 Nur Köln: Braunkohle“ werden gestrichen.

2.16 Nach den Wörtern „64 Nur Köln: Braunkohle“ wird eingefügt:

„Nur Düsseldorf:
Abteilung 7
Wiedergutmachung

71 Festsetzung, Heilverfahren, Sonstige Angelegenheiten der Wiedergutmachung

72 Medizinische Angelegenheiten

73 Rentenregelung, Rechtsangelegenheiten, Beibringung und Vollstreckung“.

3 Der Abschnitt „Dezernat 11 - Organisations- und Personalangelegenheiten“ erhält die Fassung der Anlage 2.

4 In Abschnitt „Dezernat 12 - Beauftragter für den Haushalt und wirtschaftliche Angelegenheiten“ erhält die Nummer 1.6 folgende Fassung:

„1.6 Mitwirkung bei der Erledigung und Beantwortung von Prüfungsmittelungen des Landes- und Bundesrechnungshofes und sonstigen Prüfungsmittelungen“.

In den „Anmerkungen zu 12: Zu Nr. 1.1, 1.2 und 1.5“ sowie in den „Anmerkungen zu 12: Zu Nr. 2.1 bis 2.3“ wird das Wort „Regierungspräsidenten“ durch das Wort „Bezirksregierungen“ ersetzt.

Die Wörter „Hierzu gehört auch die sächliche Ausstattung für den Behördenselbstschutz“ werden gestrichen.

5 Der Abschnitt „Dezernat 14 - Rechnungsamt, Kassenaufsicht“ erhält die Fassung der Anlage 3.

6 Der Abschnitt „Dezernat 15 - Justitiariat, Verteidigungslasten“ erhält die Fassung der Anlage 4.

7 Der Abschnitt „Dezernat 63 - Siedlungsstruktur“ wird durch den Abschnitt „Dezernat 52 - Gewerbliche Wirtschaft“ ersetzt und erhält die Überschrift „Dezernat 63 Gewerbliche Wirtschaft“. Der Abschnitt „Dezernat 52 - Gewerbliche Wirtschaft“ erhält sodann die Fassung der Anlage 5.

8 Der Abschnitt „Dezernat 54 - Wasser, Abfallwirtschaft“ erhält die Fassung der Anlage 6.

9 Der Abschnitt „Dezernat 55 Gewerbeaufsicht (Arbeitsschutz; Immissionsschutz)“ erhält die Fassung der Anlage 7.

10 Nach dem Abschnitt „Dezernat 55 - Arbeitsschutz“ wird der Abschnitt „Dezernat 56 - Immissionsschutz“ in der Fassung der Anlage 8 eingefügt.

11 Der Abschnitt „Dezernat 61 - Geschäftsstelle des Bezirksplanungsrates, Erarbeitungsverfahren“ erhält die Fassung der Anlage 9.

12 Der Abschnitt „Dezernat 62 - Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur“ erhält die Fassung der Anlage 10.

13 Der Abschnitt „Nur Köln: Dezernat 66 - Braunkohle“ tritt an die Stelle des Abschnitts „Dezernat 64 - Naturraum“ und erhält die Überschrift: „Nur Köln: Dezernat 64 - Braunkohle“.

14 Die Abschnitte „Dezernat 65 - Verkehrs- und Leitungswege“ und „Nur Köln: Dezernat 66 - Braunkohle“ werden gestrichen.

15 Nach dem neuen Abschnitt „Dezernat 64 Nur Köln: Braunkohle“ werden die Abschnitte „Dezernat 71 - Festsetzung, Heilverfahren, Sonstige Ange-

Anlage

Anlage

Anlage

Anlage

Anlage

Anlage

Anlage

Anlage

Anlage

legenheiten der Wiedergutmachung“, „Dezernat 72 – Medizinische Angelegenheiten“ und „Dezernat 73 – Rentenregelung, Rechtsangelegenheiten, Beibehaltung und Vollstreckung“ in der Fassung der Anlagen 11, 12 und 13 eingefügt.

Anlagen
11 bis 13

Soweit den Dezernaten Mitwirkungs-, Beteiligungs- oder Vorschlagsrechte in Bezug auf Organisationsangelegenheiten eingeräumt sind, erstrecken diese sich auch auf die Angelegenheiten der Informationstechnik. Die Mitwirkung gilt gegenüber Dezernat 14.

**Dezernat 11
Personalangelegenheiten****Anlage 2**

- 1 Personalangelegenheiten
 - 1.1 Beamte
 - 1.2 Angestellte, Arbeiter
- 2 Stellenpläne
- 3 Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Berufsorganisationen
- 4 Untersuchungsverfahren in Disziplinarsachen
- 5 Aus- und Fortbildung
- 6 Angelegenheiten der Gleichstellung von Frau und Mann
- 7 Öffentlichkeitsarbeit
- Nur Köln:
 - 8 Vormerkstelle des Landes NRW nach dem Soldatenversorgungsgesetz

Anmerkung zu 11:**Zu Nr. 1 bis 7:**

Für die Bezirksregierungen, die nachgeordneten Landesbehörden und Einrichtungen des Landes in Zusammenarbeit mit den fachlich zuständigen Dezernaten, soweit im Geschäftsverteilungsplan keine Sonderregelung (Dezernat 25 für Polizeivollzugsbeamte und Dezernat 47 für Lehrpersonal) getroffen ist. Liegt bei anderen Dezernaten eine Sonderregelung vor, so ist bei Fragen von allgemeiner oder grundsätzlicher Bedeutung das Dezernat 11 zu beteiligen.

Zu Nr. 4:

Die hierfür eingesetzte Dienstkraft soll grundsätzlich diese Aufgabe auch im Dezernat 31 wahrnehmen.

Zu Nr. 6:

* Zugleich Gleichstellungsbeauftragte.

Dezernat 14
Organisationsangelegenheiten, Informationstechnik

Anlage 3

- 1 Organisation
 - 1.1 Geschäftsverteilung
 - 1.2 Geschäftsablauf, Geschäftsordnungen
 - 1.3 Organisations-, Arbeitsplatzüberprüfungen
- 2 Behördensteuerung
 - 2.1 Innenrevision I
 - 2.2 Nur Münster: Innenrevision II Behörden und Einrichtungen im Geschäftsbereich des Innenministeriums
 - 2.3 Behördensteuerungssysteme
- 3 Informationstechnik
 - 3.1 Einsatzplanung für Hard- und Software
 - 3.2 Betrieb der DV-Systeme
 - 3.3 Datenkommunikation
 - 3.4 Anwenderbetreuung

Anmerkung zu 14:

Zu Nr. 1 bis 3:

Siehe Anmerkung zu Dezernat 11, Nr. 1 bis 7.

Zu Nr. 2.3:

Hierzu gehören auch die Entwicklung und der Einsatz von Instrumenten der Behördensteuerung (Controlling etc.).

Zu Nr. 3:

Steuernde Stelle im Sinne der Dienstanweisung über Datenschutz und Datensicherung beim Einsatz von DV-Geräten.

Dezernat 15**Justitiariat, Enteignung, Liegenschaften****Nur Arnsberg, Detmold und Köln: Verteidigungslasten****Anlage 4**

- 1 Allgemeine Rechtsangelegenheiten
 - 1.1 Mitwirkung bei Abschluß von Verträgen und bei der Übernahme von Verbindlichkeiten für den Fiskus
 - 1.2 Rechtsstreitigkeiten vor den Zivilgerichten mit Ausnahme der Verfahren in Wiedergutmachungsangelegenheiten
 - 1.3 Mitwirkung bei der außergerichtlichen Regelung von Schadensersatzansprüchen
 - 1.4 Mitwirkung bei der Untersuchung und Anerkennung von Schadensersatzansprüchen
 - 1.5 Gerichts- und ähnliche Kosten
 - 1.6 Rechtsberatung der Dezernate in sonstigen zivil- und strafrechtlichen Angelegenheiten
- 2 Besondere Rechtsangelegenheiten
 - 2.1 Stiftungen des privaten Rechts
Nur Arnsberg:
 und Aufsicht über die öffentlich-rechtlichen Stiftungen Vereinigte Stiftungen Geseke-Keppel und das Damenstift Lippstadt
 - 2.2 Vereine mit Rechtsfähigkeit kraft staatlicher Verleihung (Verleihung und Aufsicht)
 - 2.3 Entziehung der Rechtsfähigkeit eines Vereins
 - 2.4 Vermögensrechtliche Angelegenheiten aufgelöster Vereinigungen
 - 2.5 Nachlasssachen des Fiskus
- 3 Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Betriebsverfassungsgesetz
- 4 Enteignung
 - 4.1 Enteignungsverfahren nach dem Landesenteignungs- und -entschädigungsgesetz - EEG NW -
 - 4.2 Enteignungsverfahren nach dem Baugesetzbuch
 - 4.3 Enteignungsverfahren nach sonstigen Vorschriften
 - 4.4 Entschädigung nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm und nach § 19a Bundesfernstraßengesetz
- 5 Liegenschaften
 - 5.1 Erwerb, Veräußerung, Tausch und Belastung von Grundstücken nach Maßgabe der Grundstücksverkehrsordnung -GVKA-, Aneignung herrenloser Grundstücke
 - 5.2 Verwaltung der landeseigenen Grundstücke und Gebäude mit Zubehör, soweit nicht nach dem Geschäftsverteilungsplan ein anderes Dezernat zuständig ist
 - 5.3 Ermittlung der marktüblichen Mietwerte für Mietwohnungen, Geschäftsräume und Diensträume sowie gewerblich genutzte unbebaute Grundstücke des Landes, die von den Behörden oder Einrichtungen des Landes verwaltet werden
 - 5.4 Verwaltung des ehemaligen NS-Vermögens (beweglich und unbeweglich, Hypotheken und Darlehen)
 - 5.5 Domänen, landwirtschaftlich genutzte Sondervermögen
Nur Düsseldorf:
 - 5.6 Verwaltung von Wertpapieren des Landes NW
- 6 Erwerb, Veräußerung und Verwaltung von Grundstücken
Nur Detmold:
 - 6.1 Haus Büren'scher Fonds und Paderborner Studienfonds**Nur Düsseldorf:**
 - 6.2 Bergischer Schullfonds und Gymnasialfonds Münsterceifel**Nur Münster:**
 - 6.3 Münster'scher Studienfonds und Beckum-Ahlen'scher Klosterfonds
- Nur Arnsberg, Detmold und Köln:**
 - 7 Verteidigungslasten
 - 7.1 Angelegenheiten der Ämter für Verteidigungslasten
 - 7.2 Haushaltsangelegenheiten, Sonderrechnungen der ausländischen Streitkräfte
 - 7.3 Entschädigungen
 - 7.3.1 bei Manöver- und Straßenschäden
 - 7.3.2 bei Personen- und Sachschäden aus Verkehrsunfällen und sonstigen Unrechts-handlungen
 - 7.4 Prozeßführung bei Nato-Truppenschäden
 - 7.5 Arbeitnehmerangelegenheiten bei den Stationierungsstreitkräften, einschl. Arbeitsgerichtsstreitigkeiten
- Nur Düsseldorf und Köln:**
 - 8 Westwallentfestigung

**Dezernat 52
Abfallwirtschaft**

Anlage 5

- 1 Rechtliche Angelegenheiten
 - 1.1 Abfallverwertung und -beseitigung
 - 1.2 Altablagerungen und Altlasten
- 2 Technische Angelegenheiten
 - 2.1 Abfallbeseitigungsplanung
 - 2.2 Abfalleinsammlung und -beförderung
 - 2.3 Abfallverwertung und -behandlung
 - 2.4 Abfallablagerung
 - 2.5 Altablagerungen und Altlasten
- 3 Ausbildungs-, Prüfungs- und Fortbildungsangelegenheiten der bei den Staatlichen Umweltämtern tätigen technischen und naturwissenschaftlichen Dienstkräfte
- 4 Mitwirkung bei Haushalts-, Organisations-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten einschl. der Staatlichen Umweltämter

Anmerkung zu 52:

Zu Nr. 1 und 2:

Die Anlagen nach Nr.8.4 bis 8.11 und 9.10 des Anhangs zur 4.BImSchV werden im Dezernat 52 bearbeitet.

Zu Nr.4:

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlags- als auch ein Beteiligungsrecht des Dezernates 52 gegenüber den für die Bearbeitung federführenden Dezernaten 11, 12 und 14; soweit dies die Staatlichen Umweltämter betrifft, im Zusammenwirken mit den Dezernaten 54 und 56.

Anmerkung zu 15:**Zu Nr. 1.4:**

Dienstunfälle werden in den Dezernaten bearbeitet, die für die Personalangelegenheiten der betroffenen Dienstkräfte zuständig sind.

Zu Nr. 1.6:

Die Beratung bezieht sich auch auf die Behandlung grundbuchrechtlicher Angelegenheiten.

Zu Nr. 2.2:

Die Angelegenheiten der privaten Versicherungsvereine werden im Dezernat 63 bearbeitet.

Zu Nr. 4.3:

Hierzu gehören auch Beschwerdenverfahren nach dem Schutzbereichsgesetz und Verfahren nach § 9 des Wertausgleichsgesetzes (SGV.NW. 54).

Zu Nr. 5.2:

Sonderregelungen für die Dezernate 12, 25 und 49.

Zu Nr. 6:

Die Stellenplan-, Personal- und Organisationsangelegenheiten werden federführend in den Dezernaten 11 und 14 in Zusammenarbeit mit Dezernat 15 bearbeitet (s. Dez.11 und Dez.14, Anmerk. zu Nr. 1 bis 7 bzw. zu Nr. 1 bis 3). In Haushaltsangelegenheiten wirkt der Beauftragte für den Haushalt durch Mitzeichnung mit (s. Dez.12, Anmerk. zu Nr.1.1, 1.3 und 1.3).

Zu Nr.7:

Finanzielle Angelegenheiten der Stationierungstreitkräfte.

Zu Nr.7.3.1:

Bei gemeinsamen Manövern auch Bundeswehr.

Zu Nr.7.3.2:

Hierzu gehören auch die Belegungsschäden.

**Dezernat 54
Wasserwirtschaft****Anlage 6**

- 1 Rechtliche Angelegenheiten
 - 1.1 Schutz der Gewässer
 - 1.2 Bewirtschaftungspläne
 - 1.3 Wasserentnahme, Wasserversorgung
 - 1.4 Abwassereinleitungen, Abwasserbeseitigung, Abwasserabgabe
 - 1.5 Regelung des Wasserabflusses
 - 1.6 Sicherung des Hochwasserabflusses
 - 1.7 Wasserbuch, Kontrollkartei
 - 1.8 Sonstige wasserrechtliche Angelegenheiten
- 2 Technische Angelegenheiten
 - 2.1 Schutz der Gewässer
 - 2.2 Wasservirtschaftliche Planungen
 - 2.3 Wasserentnahmen, Wasserversorgung, Wassersicherstellung
 - 2.4 Abwassereinleitungen, Abwasserbeseitigung, Abwasserabgabe
 - 2.5 Regelung des Wasserabflusses
 - 2.6 Sicherung des Hochwasserabflusses

Nur Düsseldorf und Köln:
Angelegenheiten der ständigen deutsch-niederländischen Grenzgewässerkommission

 - 2.7 Bodenverbesserung, Wirtschaftswegebau
 - 2.8 Unterhaltung und Ausbau landeseigener Gewässer
 - 2.9 Wasser- und Bodenverbände
- 3 Ausbildungs- und Prüfungsangelegenheiten der bei den Staatlichen Umweltämtern tätigen technischen und naturwissenschaftlichen Dienstkräfte

Nur Köln:
Geschäftsstelle des Prüfungsausschusses für die Laufbahn des gehobenen bautechnischen Dienstes der Staatlichen Verwaltung für Wasser- und Abfallwirtschaft NRW
- 4 Mitwirkung bei Haushalts-, Organisations-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten einschl. der Staatlichen Umweltämter

Anmerkung zu 54:**Zu Nr.4:**

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlags- als auch ein Beteiligungsrecht des Dezernates 54 gegenüber den für die Bearbeitung federführenden Dezernaten 11, 12 und 14; soweit dies die Staatlichen Umweltämter betrifft, im Zusammenwirken mit den Dezernaten 52 und 56.

**Dezernat 55
Arbeitsschutz****Anlage 7**

- 1 Allgemeine Angelegenheiten
 - 1.1 Ausbildung, Prüfung und Fortbildung der Dienstkräfte der Fachrichtung Arbeitsschutz
 - 1.2 Mitwirkung bei Haushalts-, Stellenplan-, Organisations- und Personalangelegenheiten einschl. der Staatlichen Ämter für Arbeitsschutz
 - 1.3 Allgemeine Fragen der Fachaufsicht
- 2 Programmarbeit
 - 2.1 Initiierung, Koordination und Auswertung von Programmen
 - 2.2 Qualitätssicherung
 - 2.3 Mitwirkung bei der Erstellung von Statusanalysen der Gesundheitssituation in der Arbeitswelt
- 3 Technikgestaltung/Arbeitsverfahren
 - 3.1 Anlagensicherheit einschl. Störfallanlagen
Nur Detmold, Düsseldorf und Köln:
Angelegenheiten der Technischen Überwachungsorganisationen
 - 3.2 Gerätesicherheit einschl. überwachungsbedürftige Anlagen
 - 3.3 Transportsicherheit
 - 3.4 Sprengstoffwesen
- 4 Chemische, physikalische und biologische Belastungen/Beanspruchungen
 - 4.1 Gefahrstoffe
 - 4.2 Bio- und Gentechnik
 - 4.3 Ionisierende und nicht ionisierende Strahlen
 - 4.4 Lärm und Erschütterungen
- 5 Arbeitsgestaltung
 - 5.1 Arbeitsstätten
 - 5.2 Arbeitsorganisation
 - 5.3 Arbeitszeit
 - 5.4 Allgemeiner Unfallschutz
- 6 Besondere Personengruppen
 - 6.1 Kinder, Jugendliche, werdende und stillende Mütter
 - 6.2 Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter
 - 6.3 Leistungsgewandelte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Schwerbehinderte
- 7 Allgemeine juristische Koordinierung rechtlicher Angelegenheiten des Arbeitsschutzes
- 8 Mitwirkung bei den Aufgaben der Zivilen Verteidigung und des Katastrophenschutzes

Anmerkung zu 55:**Zu Nr. 1.2:**

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlags- als auch ein Beteiligungsrecht des Dezernates 55 gegenüber den für die Bearbeitung federführenden Dezernaten 11, 12 und 14.

Zu Nr. 3.1:

Hierzu gehört auch die Unabkömmlichstellung der in öffentlichem Auftrag tätigen Wehr- und Zivildienstpflichtigen der Technischen Überwachungsvereine, soweit nicht Dezernat 53 zuständig ist.

Zu Nr. 3.4:

Vgl. hierzu die Zuständigkeit des Dezernates 25.

**Dezernat 56
Immissionsschutz****Anlage 8**

- 1 Allgemeine Angelegenheiten
 - 1.1 Ausbildungs-, Prüfungs- und Fortbildungsangelegenheiten
 - 1.2 Mitwirkung bei Haushalts-, Organisations-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten einschl. der Staatlichen Umweltämter
- 2 Fachaufsicht
 - 2.1 Fachaufsichtliche Tätigkeit in den Bereichen Immissionsschutz und Gentechnik bei den Staatlichen Umweltämtern
 - 2.2 Fachgerechter Einsatz der Beschäftigten
 - 2.3 Bearbeitung von Widersprüchen insbesondere gegen Entscheidungen über Genehmigungsanträge sowie Ordnungswidrigkeiten
- 3 Allgemeiner Immissionsschutz
 - 3.1 Technische Angelegenheiten des Immissionsschutzes einschl. Lärm- und Erschütterungsschutz sowie Überwachung der Luftqualität
 - 3.2 Immissionsschutz bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen, Stoffen, Erzeugnissen
 - 3.3 Luftreinhaltung; Mitwirkung bei der Landes-, Gebietsentwicklungs- und Bauleitplanung
sowie bei der Entscheidung über Einzelbauvorhaben
 - 3.4 Weiterentwicklung des regionalen Immissionsschutzes
- 4 Genehmigungsbedürftige Anlagen
 - 4.1 Immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren einschl. Umweltverträglichkeitsprüfung
 - 4.2 Anlagensicherheit
 - 4.3 Reststoffe
- 5 Mitwirkung bei den Aufgaben der Zivilen Verteidigung und des Katastrophenschutzes; Strahlenschutzvorsorge

Anmerkung zu 56:**Zu Nr. 1.2:**

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlags- als auch ein Beteiligungsrecht des Dezernates 56 gegenüber den für die Bearbeitung federführenden Dezernaten 11, 12 und 14; soweit dies die Staatlichen Umweltämter betrifft, im Zusammenwirken mit den Dezernaten 52 und 54.

Zu Nr. 3:

Vgl. hierzu die Zuständigkeit des Dezernates 21 nach dem Landes-Immissionsschutzgesetz, dem Gaststättengesetz und den §§ 64 ff. Gewerbeordnung sowie die Zuständigkeit des Dezernates 35 für Fragen der Bauleitplanung.

Zu Nr. 4.1:

Die Anlagen nach Nr. 8.4 bis 8.11 und 9.10 des Anhangs zur 4.BImSchV werden im Dezernat 52 bearbeitet.

Dezernat 61
Geschäftsstelle des Bezirksplanungsrates;
Erarbeitungsverfahren, Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur

Anlage 9

- 1 Geschäftsstelle des Bezirksplanungsrates
- 2 Planungsrechtliche Fragen
- 3 Planungsgrundlagen
 - 3.1 Raumforschung
 - 3.2 Statistik
- 4 Raumb Beobachtung
 - 4.1 Bevölkerung
 - 4.2 Wirtschaft
 - 4.3 Arbeitsmarkt
 - 4.4 Infrastruktur
- 5 Regionale Entwicklungsprogramme
 - 5.1 GEP-Plankonzeption
 - 5.2 Durchführung der GEP-Erbeitungsverfahren
 - 5.3 Koordinierende Vorbereitung regionaler Entwicklungskonzepte
- 6 Durchführung von Raumordnungsverfahren
- 7 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit
 - 7.1 Abstimmung grenzüberschreitender Planungen
 - 7.2 Mitwirkung in grenzüberschreitenden Beratungsgremien, Abstimmungs- und Planungsverfahren
- 8 Landesentwicklungsplanung
- 9 Kartographie, Raumordnungskataster und technische Einrichtungen
 - 9.1 Vorbereitung der zeichnerischen GEP-Darstellungen
 - 9.2 Führung Raumordnungskataster
 - 9.3 Computergestützte Kartographie

Anmerkung zu 61:**Zu Nr.5.3:**

Einschließlich Mitwirkung bei der Vorbereitung raum- und strukturbedeutsamer Fördermaßnahmen und Investitionen.

Zu Nr.8:

Mitwirkung bei der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogrammes, der Landesentwicklungspläne und der Erarbeitung eines Landesentwicklungsplanes NRW.

Dezernat 62
Durchsetzung der Ziele der
Raumordnung und Landesplanung

Anlage 10

- 1 Siedlungsraum
 - 1.1 Allgemeine Siedlungsbereiche
 - 1.2 Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche
 - 1.3 Bereiche für standortgebundene Anlagen und Kraftwerke
- 2 Freiraum
 - 2.1 Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche
 - 2.2 Waldbereiche
 - 2.3 Oberflächengewässer
- 3 Freiraumfunktionen
 - 3.1 Schutz der Natur
 - 3.2 Schutz der Landschaft und landschaftsgebundenen Erholung
 - 3.3 Regionale Grünzüge
 - 3.4 Grundwasser- und Gewässerschutz
 - 3.5 Sicherung oberflächennaher Bodenschätze
 - 3.6 Aufschüttungen
- 4 Ökologische Infrastruktur und sonstige Belange des Umweltschutzes
 - 4.1 Standorte für Abfallentsorgungsanlagen
 - 4.2 Standorte für Abwasserbehandlungsanlagen
 - 4.3 Schutz von Boden, Klima, Luft
- 5 Verkehrsinfrastruktur
 - 5.1 Straßen
 - 5.2 Schienenwege
 - 5.3 Standorte für Güterverkehrszentren
 - 5.4 Öffentlicher Personenverkehr
 - 5.5 Wasserstraßen und Häfen
 - 5.6 Flugplätze
 - 5.7 Leitungsinfrastruktur
- 6 Durchsetzung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung
 - 6.1 Landesplanerische Abstimmung der Bauleitplanung
 - 6.2 Anpassung der Bauleitpläne
 - 6.3 Sonstige Verfahren zur Zielsicherung

Anmerkung zu 62:

Zu Nr.1 bis 5:

- 1. Fachliche Mitwirkung bei der GEP-Plankonzeption, bei Raumordnungsverfahren, grenzüberschreitenden Planungen und der Landesentwicklungsplanung (Dez.61)**
- 2. Fachliche Vorbereitung regionaler Entwicklungskonzepte**
- 3. Kontrolle der Zielumsetzung**
- 4. Mitwirkung bei Planungsmaßnahmen anderer Fachbehörden, Fachdezernate und sonstiger Planungsträger**

Nur Düsseldorf: Dezernat 71
Festsetzung, Heilverfahren,
Sonstige Angelegenheiten der Wiedergutmachung

Anlage 11

- 1 Festsetzung
 - 1.1 Feststellung der allg. Anspruchsvoraussetzungen für Wiedergutmachungsleistungen nach dem BEG
 - 1.2 Festsetzung der Ansprüche auf Entschädigung für Schaden an Leben, Körper u. Gesundheit
 - 1.3 Allg. Betreuung und Beratung von Opfern des Nationalsozialismus einschl. Durchführung des Härtefonds des Landes NRW
 - 1.4 Artikel V SchlußG
- 2 Heilverfahren
- 3 Sonstige Angelegenheiten der Wiedergutmachung
 - 3.1 Haushalts-, Kassen- und Rechnungsangelegenheiten der Wiedergutmachung; Statistikwesen
 - 3.2 Zahlbarmachung und Überwachung der Renten
 - 3.3 Rentenerhöhung gemäß ÄV zur 1. bis 3. DV BEG
 - 3.4 Übersetzungsdienst
 - 3.5 Bundeszentralkartei
 - 3.6 Archiv und Verwaltung der Grundsatzakten für Wiedergutmachungsangelegenheiten

Nur Düsseldorf: Dezernat 72
Medizinische Angelegenheiten

Anlage 12

- 1 Allgemeine medizinische Angelegenheiten der Wiedergutmachung
- 2 Medizinische Angelegenheiten für die Rentenfestsetzung, Rentenregelung und für das Heilverfahren
- 3 Entschädigungsmedizinische Angelegenheiten

**Nur Düsseldorf: Dezernat 73
Rentenregelung, Rechtsangelegenheiten,
Beitreibung und Vollstreckung**

Anlage 13

- 1 Rentenregelung
- 2 Rechtsangelegenheiten
 - 2.1 Allgemeine Rechtsstreitigkeiten
 - 2.2 Rechtsstreitigkeiten in Wiedergutmachungsangelegenheiten
- 3 Beitreibungs- und Vollstreckungsangelegenheiten

Anmerkung zu 73:

In Haushaltsangelegenheiten wirkt der Beauftragte für den Haushalt durch Mitzeichnung mit (s. Dez. 12, Anmerk. zu Nr. 1.1, 1.2 und 1.3).

203204

**Gewährung von Beihilfen
in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen;
Soziale Sicherung
von nicht erwerbsmäßig tätigen Pflegepersonen**

RdErl. d. Finanzministeriums v. 2. 2. 1996 -
B 3170 - 12.1 IV A 4

I.

Mein RdErl. v. 17. 5. 1995 (MBL NW. S. 804/SMBL NW. 203204) wird wie folgt geändert:

- 1 In Nummer 2.1.2 Satz 1 werden nach dem Wort „Da“ die Worte „die Pflegekassen und“ eingefügt.
- 2 In Nummer 2.1.2 Satz 4 wird das Wort „dem“ durch die Worte „den Pflegekassen oder den“ ersetzt.
- 3 Nummer 2.2.1 Satz 1 wird durch folgende Sätze 1 und 2 ersetzt:
Die Rentenversicherungsbeiträge für Pflegepersonen sind nach § 170 Abs. 1 Nr. 6 Buchst. c SGB VI von einer Pflegekasse oder einem privaten Pflegeversicherungsunternehmen und den beihilfepflichtigen Dienstherrn **anteilig** zu tragen. Ist der Pflegebedürftige in einer Pflegekasse versichert, beläuft sich im Hinblick auf § 28 Abs. 2 SGB XI der vom Dienstherrn zu tragende Anteil auf die Hälfte des Beitrages; bei Pflegebedürftigen, die bei einem privaten Pflegeversicherungsunternehmen versichert sind, richtet sich der Anteil nach dem ihm zustehenden Bemessungssatz (§ 12 Abs. 1, 3 und 4 BVO).
- 4 In Nummer 2.2.3 erhält Nummer 7 folgende Fassung:
7 Anteiliger Beitrag
- 5 Nummer 2.2.6 wird gestrichen.
- 6 In Nummer 2.3.2 werden in Satz 2 nach dem Wort „von“ die Worte „der Pflegekasse oder“ eingefügt.

II.

- Anlage 1** Anlage 1 wird durch die beiliegende Anlage 1 ersetzt.

III.

Dieser RdErl. tritt mit Wirkung vom 1. 4. 1996 in Kraft.
Im Einvernehmen mit dem Innenministerium.

Anlage 1

(Beihilfestelle)

Ort, Datum

Telefon

Ausk. erteilt

Landesamt
für Besoldung und Versorgung NRW
Koordinierungsstelle

Zimmer 2174

40192 Düsseldorf

LBV-Personalnummer
der beihilfeberechtigten Person

--	--

(Linksblündig eintragen)

Mitteilung zur Zahlung von Rentenversicherungsbeiträgen für Pflegepersonen
(RdErl. des Finanzministeriums NRW vom 17. Mai 1995, SMI. NW 203204)

☐ Erstmeldung☐ Änderungsmeldung☐ Anlage

Mitteilung der Pflegekasse oder des privaten Pflegeversicherungsunternehmens nach § 44 SGB XI

I. Beihilfeberechtigte Person

● Name

--

● Vorname

--

● Geburtsdatum

--

● Dienststellenschlüssel
der Beihilfestelle

--

II. Pflegebedürftige Person

● Name

--

● Vorname

--

Ort der Pflege¹⁾

--

Beihilfebemessungssatz²⁾

--

Beginn der Pflege

--

Unterbrechung der Pflege³⁾ - Pflege Tätigkeit wurde nicht ausgeübt

vom

--

bis

--

Ende der Pflege⁴⁾

--

Ende der beihilferechtlichen Berücksichtigung⁵⁾

--

III. Pflegeperson

● Name

--

● Vorname

--

Rechnerisch richtig⁶⁾Sachlich richtig⁶⁾Sachlich und rechnerisch richtig⁶⁾Im Auftrag⁶⁾

● - Muß-Angaben

Anmerkung:

Diese Mitteilung ist auch in den Fällen zu verwenden, in denen sich bereits gemeldete Daten geändert haben. In solchen Fällen sind nur die geänderten Daten in die entsprechenden Felder einzutragen.

Fußnoten-Hinweise siehe Rückseite.

Hinweise für die Beihilfestelle**1. Ort der Pflege**

Die Höhe der für die Pflegeperson zu entrichtenden Rentenversicherungsbeiträge hängt unter anderem davon ab, ob die Pflege in den alten Bundesländern oder im Beitrittsgebiet erfolgt.

Wird bei der Beihilfenbearbeitung festgestellt, daß sich der Ort, an dem die Pflege durchgeführt wird, geändert hat, ist dies mit Beginndatum mitzuteilen.

2. Bemessungssatz für die pflegebedürftige Person

Der Anteil des für die Pflegeperson zu entrichtenden Rentenversicherungsbeitrages richtet sich nach dem Beihilfebemessungssatz der pflegebedürftigen Person.

Wird bei der Beihilfenbearbeitung festgestellt, daß sich der Beihilfebemessungssatz für die pflegebedürftige Person geändert hat, ist dies mit Beginndatum mitzuteilen.

Eine Änderung des Bemessungssatzes kann u.a. aus folgenden Gründen in Frage kommen:

- Beteiligung eines Rentenversicherungsträgers an den Beiträgen zur Krankenversicherung
- Berücksichtigung/Nichtberücksichtigung von Kindern (wenn pflegebedürftige Person = beihilfeberechtigte Person).

3. Unterbrechung der Pflege

Rentenversicherungsbeiträge für Pflegepersonen sind nur für Zeiträume zu tragen, in denen die Pflegeperson die pflegebedürftige Person tatsächlich gepflegt hat.

Wird bei der Beihilfenbearbeitung festgestellt, daß die Pflegetätigkeit unterbrochen wurde, z.B. wegen Krankenhausaufenthaltes der pflegebedürftigen Person oder Urlaubs der Pflegeperson, ist dies mit Beginndatum und - soweit bereits bekannt - auch mit Endedatum mitzuteilen.

4. Ende der Pflege

Rentenversicherungsbeiträge für Pflegepersonen sind nur solange zu tragen, wie die Pflegeperson die pflegebedürftige Person tatsächlich pflegt.

Wird bei der Beihilfenbearbeitung festgestellt, daß die Pflegetätigkeit beendet wurde, z.B. wegen des Todes der pflegebedürftigen Person, ist dies mit Endedatum mitzuteilen.

Wird bei der Beihilfenbearbeitung festgestellt, daß die pflegebedürftige Person in ein Pflegeheim aufgenommen wurde, ist die Beendigung der häuslichen Pflege mit Endedatum mitzuteilen.

5. Ende der beihilferechtlichen Berücksichtigung

Die Pflicht der Beihilfestelle zur Beteiligung an den Rentenversicherungsbeiträgen für die Pflegeperson besteht nur solange, wie die gepflegte Person bei der Beihilfe zu Pflegeaufwendungen dem Grunde nach berücksichtigungsfähig ist.

Wird bei der Beihilfenbearbeitung festgestellt, daß z.B. die pflegebedürftige Ehefrau bzw. der pflegebedürftige Ehemann einer beihilfeberechtigten Person wegen eigener Einkünfte beihilferechtlich nicht mehr berücksichtigungsfähig ist, ist dies mit Endedatum mitzuteilen.

6. Zutreffendes bitte unterschreiben.

6300

Berichtigung

zum RdErl. d. Innenministeriums v. 27. 11. 1995
(MBl. NW. 1996 S. 10)

**Verwaltungsvorschriften über die Gliederung
und die Gruppierung der Haushaltspläne
der Gemeinden und Gemeindeverbände
(VV Gliederung und Gruppierung)**

- 1 Die Anlage 1 „Gliederung der Haushaltspläne der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Aufgabenbereichen - Gliederungsplan -“ zum RdErl. v. 27. 11. 1995 wird wie folgt berichtigt:

Nach dem Unterabschnitt

„414 Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen“

wird gestrichen:

„416 Sozialhilfe für Deutsche im Ausland

- überörtliche Träger -“.

- 2 Die Anlage 2 „Zuordnungsvorschriften zum Gliederungsplan der Haushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände“ zum RdErl. v. 27. 11. 1995 wird wie folgt berichtigt:

Nach dem Unterabschnitt

„(4148) Hilfe in anderen besonderen Lebenslagen“

wird gestrichen:

„416 Sozialhilfe für Deutsche im Ausland

- überörtlicher Träger -

Sozialhilfe nach § 119 BSHG, dazu gehören u.a. Hilfe zum Lebensunterhalt, Krankenhilfe, Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen“.

- 3 Die Anlage 3 „Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben in den kommunalen Haushalten nach Arten - Gruppierungsplan -“ zum RdErl. v. 27. 11. 1995 wird wie folgt berichtigt:

Nach der Untergruppe

„345 Einnahmen aus der Veräußerung von beweglichen Sachen“

wird eingefügt:

„347 Einnahmen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen“

- 4 Die Anlage 4 „Zuordnungsvorschriften zum Gruppierungsplan der Haushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände“ zum RdErl. v. 27. 11. 1995 wird wie folgt berichtigt:

- 4.1 Bei der Untergruppe

„(347) Einnahmen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen (Rückzahlungen aus überzahlten Bauausgaben)“

wird die um die Zahl 347 gesetzte Klammer gestrichen.

- 4.2 Nach der Untergruppe

„831 Nachzahlung aus der Abrechnung des Solidarbeitrags“

wird eingefügt:

„832 Allgemeine Umlagen an Gemeinden (GV)“.

- MBl. NW. 1996 S. 401.

71110

**Betrieb und Änderung von Schießstätten
gem. § 44 WaffG;
Sachverständige**

RdErl. d. Innenministeriums v. 1. 2. 1996 -
IV A 3 - 2617

Der RdErl. v. 1. 3. 1974 (SMBI. NW. 71110) wird aufgehoben.

- MBl. NW. 1996 S. 401.

7832

Aufsicht über die Fleischbeschau

RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft v. 6. 2. 1996 -
II C 4-3011

Der RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten v. 12. 5. 1963 (SMBI. NW. 7832) wird aufgehoben.

- MBl. NW. 1996 S. 401.

II.

Landesregierung

Behördliches Vorschlagswesen

Bek. d. Landesregierung v. 5. 2. 1996

Der Interministerielle Ausschuß für das Behördliche Vorschlagswesen hat in der Zeit vom 1. 1. 1995–31. 12. 1995 die nachstehend aufgeführten Verbesserungsvorschläge als für die Landesverwaltung nützlich anerkannt und belohnt:

Name des Einsenders	Vorschlag Nr.	Gegenstand des Vorschlags	Prämie DM
Kay-Jürgen SCHIRÖDER	11293	Verbesserung der Verkehrsführung in Baustellenbereichen auf Autobahnen	10 525,-
Rudi SALZBURG	14064	Verbesserung im Bereich der Polizei; Entwicklung eines 2m-Präparierungssenders	9 530,-
—,-	14120	Verbesserung im Bereich der Kampfmittelbeseitigung: Änderung des Sägeverfahrens bei Geschossen	5 450,-
Friedrich STEINKE	14112	Verbesserung im Bereich der Kampfmittelbeseitigung: Verbesserung der Sicherheit beim Einsatz der Entschärfungsgeräte	4 595,-
Bernd GRÜNEFELD	14087	Einsparung von Telefongebühren an der Universität Münster durch die Inanspruchnahme des „Auslandsspezialdienst“ der Telekom	3 380,-
Uwe ABELS	14019	Verbesserung der Steuerung der automatischen Warentransportanlage in den Med. Einrichtungen der RWTH Aachen	3 255,-
Willy VORDERMARK	12800	Versendung von Jahreserklärungen durch das LBV	2 735,-
Jürgen SCHULZ	14124	Verwendung von Leuchtdioden anstelle der Glühlampen für die Stufenbeleuchtung in den Hörsälen der Ruhr-Universität Bochum	2 445,-
Manfred KIRCHHOFF	14302	Verbesserung im Bereich des Geologischen Landesamtes: Kostenreduktion und Verbesserung der Arbeitssicherheit bei Arbeiten mit Flußsäure	1 555,-
Detlef STIEG	13978	Reduzierung der Reinigungsintervalle in öffentlichen Dienstgebäuden	1 400,-
—,-	14187	Einsparung von Energie durch die Reduzierung der Anzahl der Warmwasseruntertischspeicher	1 035,-
Rainer LOKOTSCH Jakob HOFF	14104	Verbesserung im Bereich des Landesumweltamtes: Bau einer Dichtplatte für den Stickstoff-Analysator	930,-
Heinz-Josef LANGE	14298	Verbesserung im Bereich der Universität Münster: Entwicklung eines pneumatischen Meßkoffers	920,-
Herbert MAANEN	14046	Energieeinsparung durch die Nachtabsehaltung der automatischen Warentransportanlage im Klinikum Aachen	820,-
Paul BECKER	13668	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Entwicklung des „Vereinfachten Abgabeverfahren“	750,-
Wolfgang SCHULZ	14265	Verbesserung der Sicherheit der im Polizeigewahrsam eingesetzten Beamten	680,-
Josefine GIRKENS	13535	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Aufhebung der Abrundungsvorschrift in § 27 Abs. 1 Nr. 3 KostVfG	680,-
Kerstin QUECK	14215	Einsparung von Reinstsäuren im geochemischen Labor durch die Anschaffung eines Säurereinigungsapparats	625,-
Bruno BLANK	14055	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Einführung eines Vordrucks für die Niederschrift bei Zurücknahme oder Abhilfe eines Rechtsbehelfs	565,-
Sigrid KRÜGER	14206	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Einführung eines Vordrucks für die Anschriftenermittlung beim Kraftfahrtbundesamt	445,-

Name des Einsenders	Vorschlag Nr.	Gegenstand des Vorschlags	Prämie DM
Hans-Udo TSCHANTER	14020	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Umweltung auf die einheitliche Arbeitnehmerveran- lagung	380,-
-,-	14053	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Änderung des Vordrucks Nr. 107/2	355,-
-,-	13898	Überarbeitung der Dienstaussweise im Bereich der Polizei	345,-
-,-	14129	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Berücksichtigung von Zinsen auf Steuerforderungen bei der Einkommensteuer	345,-
Andrea SCHAFFRANEK	14060	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Überarbeitung des Vordrucks ZP 37 b	335,-
-,-	14328	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Neufassung des Vordrucks StP 66	315,-
-,-	14152	Energiesparende Betriebsweise der RLT-Anlage der Westf. Wilhelms-Universität Münster	310,-
Ivonne HERBRICH	14256	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Ergänzung der Ladungsvordrucke für Dolmetscher in Zivil- und Strafsachen	310,-
.	14972	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Gestaltung der Vordrucke ZP 274 und 274 a	305,-
F. Hermann GROÛLE	14089	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Änderung des Vordrucks Nr. 745/1	300,-
-,-	13838	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Ergänzung des Vordrucks Nr. 745/11	290,-
Peter FRANKEN	14166	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Berichtigung des Vordrucks HKR 103	275,-
.	13929	Verbesserung im Bereich der Polizei: Verbesserte Sicherung der Visiereinstellschraube	270,-
Horst ANTONS	14051	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Übernahme der für die Bewährungshilfe angeord- neten Sachbearbeitung bei Mehrfachunterstellungen in die für die Bearbeitung von Führungsaufsichtssachen erlassene AV vom 20. 12. 1991	260,-
Meinolf HALLMANN	14148	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Einführung eines Vordrucks für die Urschrift der Kostenrechnung in Handelsregistersachen	255,-
Irene COSTABELI	13907	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Hervorhebung geänderter Bauteile im Einheitswert- bescheid	250,-
Manfred BÄR	14248	Bereinigung der Justizverwaltungsvorschriften betr. die RV vom 29. 9. 1982	240,-
Thomas KLEMME	14130	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Ergänzung des BPH 4711	230,-
Uwe M. WLOCH	13899	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Aufnahme eines neuen Erläuterungstextes in die DA-ADV betr. die Besteuerung von Leibrenten	225,-
-,-	14068	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Änderung des Vordrucks Kost 2e	225,-
Reimund RÖHLING	13948	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Änderung des Vordrucks Nr. 724/5	215,-
Wolfgang LUTZINSKI	14303	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Aufhebung der RV v. 18. 3. 1959 (4240-III A 55)	215,-

Name des Einsenders	Vorschlag Nr.	Gegenstand des Vorschlags	Prämie DM
Wolfgang LUTZINSKI	14294	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Aufhebung der RV v. 12. 12. 1969 (3140-III A.1) und 30. 7. 1963 (3142-III A.4)	215,-
Wolfgang LUTZINSKI	14269	Bereinigung der Justizverwaltungsvorschriften betr. die RV vom 3. 2. 1960 (5230-I B.10)	215,-
Walter JÜRRIES	14047	Einstellen der Ausgabe von Stoffhandtüchern bei einem Polizeipräsidium	215,-
Heinz BÖHNKE	14108	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Änderung des Vordrucks ZP 21	210,-
Johannes ROLVERING	13691	Ergänzung des Vordrucks „Wohngeldantrag“	210,-
—	14096	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Reduzierung des Papieraufwandes	210,-
Wolfgang LUTZINSKI	14274	Änderung des Verteilers zur Aufnahme in die Samm- lung der Justizverwaltungsvorschriften	210,-
—	14290	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Aufhebung der RV vom 28. 6. 1968 (9360-III A.20.1)	210,-
—	14170	Verbesserung im Bereich der Staatl. Umweltämter: Vereinfachter Zugriff auf topographische Karten	205,-
—	14253	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Einkommensteuerveranlagung mit Hilfe der ADV	205,-
Carlfried RAUS	14040	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Verzicht auf die personelle Statistik der Gewinner- mittlungsarten	205,-
Wolfgang LUTZINSKI	14223	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Änderung der RV v. 11. 11. 1975 (4261-III A.1) i. d. F. der RV v. 9. 9. 1988	205,-
Peter FRANKEN	14342	Verbesserung im Bereich der Justizverwaltung: Änderung des Vordrucks GV 8b	205,-
Markus JUX	14102	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Ergänzung des Vordrucks „Erb 50 - Zugewinnaus- gleichsberechnung“	150,-
—	13719	Verbesserung im Bereich der Finanzverwaltung: Ergänzung der Vordrucke Nrn. 742/41, 742/46 und 754/10	150,-

MBL NW. 1996 S. 402.

Einzelpreis dieser Nummer 7,95 DM
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für
Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Fax (0211) 9682/229, Tel. (0211) 9682/238 (8.00-12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf
Bezugspreis halbjährlich 98,- DM (Kalenderhalbjahr), Jahresbezug 196,- DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahrs-
bezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.
Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 9682/241, 40237 Düsseldorf

Von Vorabersendungen des Rechnungsbetrages - in welcher Form auch immer - bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher
Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb
eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht
innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf
Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach
ISSN 0177-3569